Würzburger Aerzteabend.

(Offizielles Protokoll.)

Sitzung vom 14. Juni 1905.

Herr Faulhaber: Einiges über Reklame und Geschäftspraktik von Kurpfuschern.

Sitzung vom 7. November 1905.

Herr Bollenhagen demonstriert:

1. ein Dermoid des rechten Ovarium, welches durch seinen abnormen Sitz hoch oberhalb des Beckens und durch seine feste Verbindung mit der seitlichen und hinteren Bauchwand, während es von der vorderen Bauchwand durch vorgelagerte Därme getrennt war, erhebliche diagnostische Schwierigkeiten machte und einen retroperitonealen Tumor vortäuschte; der durch wiederholte Anfälle von Stieldrehung ganz nekrotisch gewordene dünne und lange Stiel konnte vor der Operation selbst in Narkose unter Zuhilfenahme der gebräuchlichen Handgriffe nicht getastet werden.

2. zwei kleine Föten von einer Frau, bei welcher innerhalb eines Jahres zweimal der künstliche Abort eingeleitet wurde wegen Phthisis laryngis, nach Indikationsstellung seitens des Herrn Prof. Seifert. Es herrscht ein beinahe diametraler Gegensatz zwischen den Autoren sowohl hinsichtlich des Nutzens dieses Eingriffes für die Mutter, als auch mit Rücksicht auf das Recht des Kindes ans Leben. Uebereinstimmung herrscht nur darin, dass das Zusammentreffen von Phthisis laryngis und Gravidität ein sehr ungünstiges Ereignis ist. Zu fordern ist strenge Scheidung zwischen Abort in den ersten Monaten und Frühgeburt in der späteren Zeit der Schwangerschaft, ein Unterschied, der in verschiedenen Statistiken nicht mit der genügenden Schärfe hervorgehoben wird, während doch beide Eingriffe für die Mutter von durchaus verschiedenem Einfluss resp. Nutzen sind. Im vorliegenden Falle war der Erfolg ein vorzüglicher: Die vorher total aphonische Stimme wurde klar, das Fieber schwand, die Gewichtsabnahme sistierte. Schwieriger zu umgrenzen ist das Recht des Kindes. Um dieses zu wahren, ist die Einleitung des Abortes (nicht der Frühgeburt) nur auf strenge Indikationsstellung und unter sorgfältiger Berücksichtigung auch der sozialen und Familienverhältnisse des betreffenden Falles vorzunehmen. Unter diesen Vorbedingungen darf, natürlich in Uebereinstimmung mit dem Willen der Eltern, im einzelnen Falle das Recht des Kindes dem Rechte der Mutter hintangesetzt werden.

Bezüglich der Technik befürwortet Vortragender Beendigung des Abortes in einer Sitzung und lehnt die u. a. von Fritsch empfohlenen fortgesetzten Tamponaden ab.

Im Anschluss an die Demonstrationen des Herrn Bollenhagen bespricht Herr Seifert die Indikationen, welche bei der betreffenden Patientin für den zweimaligen Abortus innerhalb eines Jahres in Betracht kamen und gibt einen kurzen Ueberblick über die Beziehungen der Gravidität zur Tuberkulose im allgemeinen und zur Larynx-Tuberkulose im speziellen, indem er folgende Punkte in den Kreis seiner Betrachtungen zieht.

1. Welchen Einfluss hat die Gravidität auf die Lungen- resp. Larynx(Lungen)-Tuberkulose?

2. Unter welchen Verhältnissen haben wir Aerzte das Recht resp. die Verpflichtung, die Schwangerschaft frühzeitig zu unterbrechen bzw. den Abortus einzuleiten?

3. Würden wir Aerzte bei Einleitung des Abortus bei Larynx-Lungentuberkulose mit dem Strafgesetz in Konflikt kommen?

Aus ärztlichen Standesvereinen.**Leipziger wirtschaftlicher Verband.**

2. ausserordentliche Vertrauensmänner-Versammlung am 5. November in Leipzig.

Am Sonntag den 5. November d. J. tagte im Künstlerhaus zu Leipzig die 2. ausserordentliche Vertrauensmänner-Versammlung des „Leipziger wirtschaftlichen Verbandes“. Zur Begrüssung der zahlreich erschienenen Gäste war am Abend vorher ein Bierabend mit Kabarett im Palmengarten veranstaltet worden, der auf das Beste verlief.

Die Versammlung eröffnete der Vorsitzende, Dr. Hartmann, mit kurzen Worten, in denen er auf die Bedeutung und Wichtigkeit der jährlichen Zusammenkünfte der Vertrauensmänner für den Ausbau und die Erfolge des Verbandes hinwies, und erledigte den geschäftlichen Teil des Programms. Von den Vertrauensmännern wurde in Hinsicht auf den ärztlichen Stellenachweis gewünscht, dass man bei Besetzung von Stellen mit ihnen in engere Beziehung treten möge, da die Verwertung ihrer Kenntnisse der einschlägigen Verhältnisse unumgänglich notwendig sei.

Der Antrag des Pressausschusses der Sektion Dresden, „überall örtlich“ Pressausschüsse zu gründen zur Beobachtung der Presse auf ärztliche Fragen oder Verhältnisse behandelnde Notizen und zu etwaiger Widerlegung verbunden mit einer Zentrale wurde dahin vereinfacht, persönlich nähere Fühlung mit der Presse zu nehmen. In der Diskussion wurde vor allem auf die Schwierigkeiten hingewiesen, in den Tageszeitungen zu Gehör zu kommen, da unsere Wünsche häufig mit denen anderer Interessenten in Widerspruch stünden und aus diesen oder anderen Gründen keine Beachtung fänden.

Ueber Punkt 2 (Witwen- und Waisenunterstützungskasse) berichtete der Vorsitzende selbst. Er betonte vor allem, dass es sich keineswegs um eine regelrechte Gründung für fortlaufende Rechts- und Pflichtunterstützungen handeln könne, sondern lediglich um eine Wohlfahrtseinrichtung. Eine solche sei bisher in den Händen der Redaktion eines ärztlichen Anzeigenblattes gewesen. Sie in den Dienst des Verbandes zu stellen, sei Zweck seiner Bestrebungen. Er bittet in Anbetracht der tatsächlichen Notlage und der vielfachen Anforderungen an die Hilfe des Verbandes um Annahme des in Druck vorliegenden Satzungsentwurfes. In der Diskussion wurde die Ansicht geäußert, die Annahme in der beantragten Form bedinge eine Satzungsänderung. Dr. Hartmann wurde schliesslich ermächtigt, in der Sammlung von Beiträgen fortzufahren und sie nach seiner und des Vorstandes Ermessen zu verteilen. Von der formellen Errichtung einer Kasse sei Abstand zu nehmen.

Nach den Erklärungen des Vorsitzenden war Punkt 3 — der Hesselbarthsche Bericht über die Versicherungskasse der Aerzte Deutschlands —, der im allgemeinen eine Abwehr der Bloch'schen Angriffe und der Begründung einer etwaigen neuen Versicherungskasse bedeuten sollte, eine allen willkommene Agitation für die Versicherungskasse selbst. Es wurde beschlossen, es den Vertrauensmännern zur Pflicht zu machen, die Kollegen auf die Versicherungskasse (Berlin) aufmerksam zu machen. In der Diskussion entwickelte Dr. Bloch-Beuthen zahlenmässig die Vorteile und Möglichkeit einer ärztlichen Krankenkasse zu billigen Sätzen. Nach einigen Entgegnungen Hesselbarths beauftragte die Versammlung den Vorstand des Verbandes, „mit dem Vorstand der Versicherungskasse für die Aerzte Deutschlands in Verbindung zu treten, um ihre Ausgestaltung auf möglichst breite Basis zu stellen“. Ausserdem wurde hierzu ein Antrag Neuberger's-Nürnberg angenommen, „der Verband möge eine das Versicherungswesen betreffende kleine Broschüre herausgeben“.

Bei Punkt 4, Frage der Karenzzeit (Berichterstatter Dr. Löwenstein-Elberfeld) spricht sich die Versammlung dem Antrage des Berichterstatters gemäss dahin aus: „Jedwede Karenzzeit ist — als mit der freien Arztwahl unvereinbar — zu verwerfen.“ Die Vertrauensmänner verpflichten sich, auf die Obmänner und Mitglieder ihrer Sektionen in geeigneter Weise einzuwirken, dass in sämtlichen Vereinen des „Deutschen Aerztevereinsbundes“ in der ersten Sitzung des neuen Jahres der Antrag auf Aufhebung der Karenzzeit gestellt wird.

Zu 5 (Mittelstandskasse) sprach Dr. Bach-Leipzig und beleuchtete die Angelegenheit auf das ausführlichste. Zu diesem Punkt lag ein Memorandum aus Stuttgart vor, das unter der Voraussetzung bestimmter erhöhter Honorarsätze solchen Gründungen Wohlwollen entgegenbrachte. Die von Dr. Dippe-Leipzig und Dr. Bloch-Beuthen beantragten Leitsätze wurden auf Vorschlag des Vorsitzenden in folgender Fassung zusammengezogen: „Da die Frage der Mittelstandskasse auf die Tagesordnung des nächsten Aerztetages zu Halle 1906 gesetzt ist, sieht die heutige Versammlung von einer Beschlussfassung ab, spricht aber die Erwartung aus, dass bis zum Aerztetage keine Verträge mit derartigen Kassen abgeschlossen werden. Bis dahin sind alle nicht versicherungspflichtigen Personen ärztlich und materiell lediglich nach den Gesichtspunkten zu behandeln, die lokal bei der sozialen Lage dieser Bevölkerungsschicht üblich sind.“

Bevor der Vorsitzende dem Berichterstatter Dr. Ziegler-Montigny (Metz) das Wort zur „Militärarztfrage“ erteilt, legt er Verwahrung ein gegen die Unterstellung, als ob mit der Behandlung der Militärarztfrage auf der letzten Hauptversammlung eine „antimilitärische Aktion“ geplant gewesen sei. Nur sachliche Gründe hätten ihn und den Vorstand geleitet bei seinem Vorgehen. Dr. Ziegler schlägt nach Besprechung seiner Leitsätze vor, eine Eingabe an den Generalstabsarzt der Armee zu machen, wonach die Militärärzte unter denselben Bedingungen ihre Privatpraxis betreiben sollen, wie die Zivilärzte. Nach lebhafter Debatte, aus der hervorgeht, dass tatsächlich — zumal in den Garnisonsgrenzstädten — durch die Haltung mancher Militärärzte, Konflikte unvermeidlich sind, wurde auf Antrag von Dr. Schüller-Oels beschlossen, „der Vorstand möge eine Kommission von 3 Mitgliedern mit dem Recht der Kooptation wählen, welche die sog. Militärarztfrage weiterhin nachdrücklich verfolgt und auf der nächsten Hauptversammlung des „Leipziger wirtschaftlichen Verbandes“ Bericht erstattet.“ Darauf zieht Dr. Ziegler seine Leitsätze zu gunsten eines Antrages Dr. Streffer-Leipzig zurück, der dann einstimmig zur Annahme gelangt. Er lautet:

„Indem der Vorstand die Ziegler'schen Leitsätze der zu bildenden Kommission als Material überreicht, gibt er den Kollegen anheim, gegen zivilpraxistreibende Aerzte in Fällen von Vergehen gegen die Standesordnung die militärärztlichen Ehrengerichte anzurufen und im übrigen dahin zu wirken, dass zivilpraxistreibende Militärärzte — insbesondere auch in der Kasernenpraxis — nur unter den für Zivilärzte gültigen Bedingungen an der Praxis teilnehmen können.“

In Anbetracht der vorgerückten Zeit verzichtet Dr. W. Steinbrück-Stettin auf seinen Vortrag: „Honorierung der Hausarztstellen und Bezahlung der Krankenhausärzte, besonders in kleineren Städten“.